

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 19

Charlottenburg, Freitag, den 9. Mai 1913

Jahrg. 40

Sperren

Vollsperrern: Altwasser (C. Tielsch & Co.).
Arzberg (A.-G. Schönwald, Abt. Arzberg). Golditz
(Thomsberger & Hermann). Döbeln (Kessler & Herold).
Düsseldorf (Rhenania). Flörsheim a. M. (Wilhelm
Dienst). Großbreitenbach (Wagner & Enders). Karls-
ruhe. Köppelsdorf (Phil. Koch). Kranichfeld.
Plantenhammer. Rehau (Beh. Scherzer & Co.).
Rheinsberg. Rösau. Schwarzenbach (Kleintsch).
Tettau.

Halbsperrern in Deutschland: Bonn (Mehlem).
Fürstberg a. Weser. Hennigsdorf bei Berlin. Königszell.
Krummenaab. Meuselwitz. Oeslau (Göbel). Passau. Reichenbach.
(Schwabe & Co.) Schlierbach. Sörnewitz. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Buchau (Plass &
Röhner). Budapest (Drascha). Gießhübl (Joh. Schuldes).
Grünlas (R. Kämpf). Krawsla (V. Fiala & Sohn).
Meretik (Benier & Co., Inh. J. Koch). Prag (Malerei
Scharrer & Co.) Pirlenhammer (Fischer & Mieg).

Die Notwendigkeit der Organisation.

Die Erkenntnis, daß sich alle Arbeiter im ureigensten Interesse ihren gewerkschaftlichen Organisationen anschließen müssen, dringt auch immer weiter in bürgerliche Kreise. Ganz natürlich. Wer die Entwicklung der Produktion, den immer fester werdenden Zusammenschluß der Unternehmer und das kraftvolle Ringen der Arbeiterschaft um Hebung seiner Lage beobachtet, kann zu keiner anderen Schlussfolgerung kommen. Nur der, dessen Vorteil eine Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung erhelst, oder, wer tief in den Vorurteilen seiner Klasse steckt, kann in blindwütigem Haß auf die Arbeiterbewegung losschlagen. Zu letzterem gehört Amtsgerichtsrat Dr. Herz nicht. Er machte in einer Versammlung eines Hamburg-Altonaer Vereins Ausführungen, die die Mißbilligung aller Scharfmacher hervorriefen. Umsomehr möchten wir sie unseren Kollegen und Kolleginnen zur Beachtung unterbreiten. Dr. Herz führte ungefähr folgendes aus:

„Die jetzige Wirtschaftsordnung, die kapitalistische, findet auf der einen Seite die Besitzer von Geld, Grund und Boden und auf der anderen Seite die freien Arbeiter, die den ersteren ihre Arbeitskraft verkaufen. Da die Besitzer des Kapitals mehr erzielen, als die Arbeiter für die Herstellung der Waren bekommen, trägt das Kapital Zinsen, die den Besitzern mühelos in den Schoß fallen. Gegen die Ansicht Malthus' der in diesem System ein Naturgesetz sah, wandte sich Marx, der die Theorie von der Verelendung der Massen und der Akkumulation des Kapitals aufstellte. Das Kapital werde sich eines Tages in so wenig Händen befinden, daß es expropriert werden müsse, wodurch die kapitalistische in die sozialistische Wirtschaftsweise übergehe. Durch die Bildung von Genossenschaften sei die Akkumulation des Kapitals allerdings gehemmt worden. Die Unternehmer organisierten sich zwecks Ausscheidung des Konkurrenzkampfes in Kartellen und Trusts. In Deutschland gibt es heute etwa 1500 solcher Kartelle, denen die Regierung sehr freundlich gegenübersteht. Den Kartellen gegenüber stehen die Gewerkschaften, und es ist nun bezeichnend, daß dieselben Leute, die sich kartellierten, die Gewerkschaftler als Räuber-

bande und Expreser bezeichneten, daß sie Gegner der Syndikalisierung der Arbeitskraft und Gegner der Sozialpolitik sind. Trotz aller Gegnerschaft hat sich der Organisationsgedanke siegreich durchgesetzt, er ist jetzt der herrschende Gedanke aller Arbeiter geworden. Der Leipziger Metzerverband beweist, daß die Organisationen nicht nur auf Handarbeiter beschränkt sind. Am spätesten ist der Organisationsgedanke bei den Handlungsgehilfen erwacht, weil die meisten von ihnen ihre Stellung als Durchgangsstadium betrachten. Arbeitende Frauen sollten auf jeden Fall zur Organisation schreiten, denn gerade in der Nichtorganisation liegt der Grund der Ausbeutung. Das Wohlwollen, das die Regierung den Kartellen entgegenbringt, bringt sie in keiner Weise den Syndikaten der Arbeiter entgegen. Auch die Gesetzgebung steht den Arbeitnehmern feindlich gegenüber, was besonders aus den §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung hervorgeht. Der „Arbeitswillige“ genießt einen besonderen Schutz. Nicht einmal der Kaiser ist so geschützt gegen Beleidigungen wie er. Die von den Arbeitgebern selbst gegründeten gelben Gewerkschaften sind weiter nichts als Streikbrecherorganisationen. Jeder, der seine Arbeitskraft verkauft, begibt sich in ein Abhängigkeitsverhältnis vom Käufer, und darum müssen die genauen Bedingungen von beiden Seiten festgelegt werden, was wiederum nur möglich ist, wenn hinter dem Arbeiter die Organisation steht. Nur wer so rückständig ist, daß er die Vorteile der Organisation nicht erkennen kann, oder wer zu feige ist, die Gefahren einer Organisation auf sich zu nehmen, oder ein so schlechter Rechner ist, daß er für das Vinsengericht kapitalistischer Wohlfahrtseinrichtungen (bei der Kahlaer A.-G. u. a. Red.) die Erstgeburt der Organisation verkauft, oder wer so schlau ist, daß er nur dann den Organisationen beitrifft, wenn sie momentane Vorteile bieten, ohne sonst die Pflichten auf sich zu nehmen, nur der kann den Organisationsgedanken bekämpfen. Für alle anderen aber, die weitsehend genug sind, kann es nur heißen: Hinein in die gewerkschaftlichen Organisationen!

Eine Verschärfung des Arbeitswilligenschutzes ist nicht erforderlich, da das Gesetz schon reichlich Handhaben bietet für Streitvergehen. Man sollte Streitvergehen nicht strafscharfend, sondern strafmildernd betrachten, handelt es sich doch dabei um Existenzkämpfe, bei denen nicht jedes Wort genau abgewogen wird. Arbeitgeber sollten bei Streiks in den Annoncen gleich angeben, daß in ihrer Fabrik gestreikt würde. Die von Hingge, Auguste Müller, Knoth und Konsorten vermittelten Arbeitskräfte sind im allgemeinen nur Gesindel, und die Arbeitgeber sind froh, wenn sie nach dem Streik diese Leute wieder loswerden können.“

Ueber die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrentner auf das 65. Lebensjahr

soll nach Artikel 84 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung im Jahre 1915 der Reichstag erneut Beschluß fassen. Bei Beratung der Reichsversicherungsordnung hatte die Regierung bekanntlich diese Forderung abgelehnt und der „Reichsversicherungsblock“, bestehend aus Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen hatte der Regierung nachgegeben. Die Kosten für diese Verbesserung sollten angeblich unerschwinglich sein. Schon vorher hatte die Regierung diesen Einwand erhoben, als die Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten gegenüber einer Regierungs-

denkschrift über die Pensionsversicherung der Privatangestellten den Ausbau der Invalidenversicherung forderte. In jener Denkschrift hatte die Reichsregierung berechnet, daß die Kosten für den Bezug der Altersrente vom 65. Lebensjahre ab eine jährliche Mehrausgabe von 40 1/2 Millionen Mark verursachen würde, wovon das Reich 12 1/2 Millionen und die Versicherungsanstalten 28 Millionen Mark zu tragen hätten. Das war im Juli 1908. Als aber die Regierung 9 Monate später den Entwurf der Reichsversicherungsordnung veröffentlichte, berechnete sie diese Kosten nur noch auf 28,8 Millionen Mark jährlich, wovon das Reich 8,9 Millionen Mark und die Versicherungsanstalten 19,9 Millionen zu tragen hätten. Obwohl bei der Berechnung von 1908 eine Durchschnittsrente von 160,80 M. zugrunde gelegt war und bei der von 1909 eine Durchschnittsrente von 165,15 M., sollte die Belastung mit der höheren Durchschnittsrente doch um 12 Millionen Mark jährlich niedriger sein.

Der Reichstag betrachtete denn auch diese Berechnungen der Regierungsmathematiker mit großer Skepsis. Wie berechtigt das Mißtrauen gegen jene Rechnung war, zeigt sich jetzt, nachdem die Regierung ernsthaft daran geht, gezwungen durch Artikel 84 des Einführungsgesetzes, Rechnungsgrundlagen für die Herabsetzung der Altersgrenze zu beschaffen. Auf einer Konferenz der Vertreter der Landesversicherungsanstalten, die unlängst im Reichsversicherungsamt abgehalten wurde, konnte auf Grund der bei den Versicherungsanstalten vorgenommenen Zählungen festgestellt werden, daß die Gesamtbelastung nicht 40,5 Millionen auch nicht 28,8 Millionen, sondern nur 13,75 Millionen Mark jährlich beträgt, wovon das Reich 4 1/4 und die Versicherungsanstalten 9 1/2 Millionen Mark zu tragen hätten. Selbst wenn das Reich sich an den Mehrkosten nicht beteiligen würde, sondern diese ganz aus Beiträgen aufgebracht werden könnten und zu diesem Zwecke eine Beitragserhöhung vorgenommen werden würde, müßte der Wochenbeitrag — bei jetzt rund 14 Millionen Versicherten — um durchschnittlich 2 Pfg. erhöht werden. Bei den Milliardensummen aber, mit denen die Invalidenversicherung heute rechnet, ist diese Ausgabe von 14 Millionen Mark wirklich nicht so erheblich, daß eine Beitragserhöhung gerechtfertigt wäre. Damit entfällt der Regierung eines der wichtigsten Argumente gegen den Ausbau der Invalidenversicherung. Die Regierung wird, nachdem die Gelegenheit zu Ausbau der Invalidenversicherung bei der Reichsversicherungsordnung so gründlich verpaßt worden ist, sich nicht länger weigern können, nun wenigstens schleunigst dem Reichstage eine Vorlage zugehen zu lassen, in der die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt wird.

Kritisches zum neunten Internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung.

Die alljährlichen Berichte der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen geben wertvolle Uebersichten über die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation und ihre Erfolge für die Arbeiterschaft in den verschiedenen Ländern. Leider aber bringen sie noch kein allgemeines Bild von dem Stande der Arbeiterinnenbewegung.

Nur aus Deutschland, Oesterreich und der Schweiz liegen Zahlen über die den einzelnen Verbänden angehörenden organisierten Arbeiterinnen vor. Ungarn und die Niederlande machen kurze Angaben über die weiblichen Mitglieder im Allgemeinen. Dagegen fehlt von den übrigen 13 Landeszentralen, die für 1911 Berichte veröffentlicht haben, jeder Nachweis über die in ihren Ländern vorhandene Arbeiterinnenbewegung.

Ueber die Notwendigkeit, auch die Arbeiterinnen zu organisieren, herrscht wohl überall die gleiche Meinung; auch ist bekannt, daß in allen Ländern energische Versuche gemacht werden, die Arbeiterinnen für den wirtschaftlichen Kampf zu gewinnen. Und interessanter und wertvoller für die Agitation wäre es noch, wenn aus den jährlichen Berichten die Erfolge der Werbearbeit unter den Arbeiterinnen ersichtlich und ferner zu ersehen wäre, in welcher Art die Agitation betrieben wird. Bei dem heutigen Stande der Frauenerwerbsarbeit ist es gerechtfertigt, der Arbeiterinnenbewegung besondere Aufmerksamkeit zu widmen, da die Zunahme der Frauenerwerbsarbeit in allen Ländern die Arbeitsbedingungen auch für die Männer ungünstiger gestalten kann. Folgende Zahlen mögen beweisen, wie sehr die Arbeiterklasse jedes Landes an der Entwicklung der Arbeiterinnenbewegung interessiert ist. Es waren beschäftigt absolut und im Verhältnis zur Gesamtzahl der weiblichen Bevölkerung in

	Zählungs- jahr	Erwerbstätige überhaupt	Frauen Proz.
Deutschland	1907	9 492 881	45,5
Oesterreich	1900	5 684 984	51,5
Ungarn	1900	2 885 235	45,1
Rußland	1897	5 276 112	24,9
Italien	1901	5 284 064	50,1
Schweiz	1900	1 556 577	46,9
Frankreich	1906	4 693 412	53,3
Spanien	1900	1 351 792	39,9
Belgien	1900	948 229	45,9
Niederlande	1900	433 546	37,8
Dänemark	1901	352 947	44,9
Schweden	1900	551 021	38,4
Norwegen	1900	277 613	39,5
Großbritannien	1901	5 309 900	44,9
Ver. Staaten v. Amerika	1900	5 329 802	38,4

Diese Zahlen geben natürlich kein genaues Bild über den Umfang der Frauenerwerbsarbeit in den einzelnen Ländern, da der Termin für die Aufnahme der Statistiken kein gleicher ist, auch für die meisten Länder sehr lange zurückliegt und sich seitdem die wirtschaftlichen Verhältnisse überall, aber in ungleicher Weise, stark verändert haben. Ferner sind die Zahlen des halb nicht miteinander vergleichbar, da nicht ersichtlich ist, nach welchem Plan die Aufnahme erfolgte. Auf keinen Fall geht endlich die Zahl der organisationsfähigen Arbeiterinnen daraus hervor.

Immerhin aber zeigen die Ziffern, daß in allen Ländern mit der Frauenerwerbsarbeit stark gerechnet werden muß und daß für die Allgemeinheit ein Interesse besteht, zu erfahren, welche Fortschritte die internationale Arbeiterinnenbewegung macht. Dieser Nachweis könnte mit Leichtigkeit erbracht werden, wenn die internationalen Berufssekretariate und die gewerkschaftlichen Landeszentralen für die Zukunft bei ihren Berichten die Ziffern der organisierten Arbeiterinnen getrennt anführen würden.

Gertrud Hanna.

Verbands-Angelegenheiten

Zur Beachtung!

Der vorigen Nummer der Ameise lagen die Formulare zum Einsenden der Resultate der Delegiertenwahlen bei. Zahlstellen, die Formulare nicht erhalten haben, wollen solche nachfordern.

Die Expedition.

Auf Wunsch der Zahlstelle Reichmannsdorf teilen wir mit, daß 26 486 Albert Müller, dessen Ausschluß wegen Sperrebruch in voriger Nummer bekannt gegeben wurde nicht mit dem Vorsitzenden ihrer Zahlstelle identisch ist.

Die Redaktion.

Situationsbericht. In Rös lau, Firma Gebrüder Winterling, haben die Brenner die Kündigung eingereicht, woran auch die Dreher und Maler von der Betriebsleitung gekündigt wurden. Es ist das alte Lied, das wir hier wieder zu hören bekommen; ehe den Arbeitern einige Pfennige zugelegt werden können Tausende und Zehntausende von Mark zum Leibe gehen. Die Hauptsache ist, daß den Arbeitern gezeigt wird, daß sie nichts zu verlangen haben, sondern mit dem vorlieb nehmen müssen, was ihnen von Unternehmers Gnaden zugewiesen wird. Es wird an der Kollegenschaft liegen, durch strengste Fernhaltung des Zuzuges dieser Firma zu zeigen, daß sie sich mit der Arbeiterschaft dieses Betriebes solidarisch fühlt.

In Neuhaaldensleben, Firma Gebr. Hubbe, wo selbst ohnehin schon trostlose Zustände bestehen, soll den Dreher nur noch die Ware bezahlt werden, die abgeliefert worden ist. Weil ein Lieferungsraum nicht besteht, kann demnach der Dreher immer nur bezahlt erhalten, was zum Brennen abgeholt wird, die andere fertige Ware bleibt in der Dreherwerkstatt stehen auf Kosten und Risiko des Drehers. Die Fabrik Hubbe ist in den Kreisen der Kollegen so bekannt, daß sich erkübrigt, auch nur noch ein Wort hinzuzufügen. Wer sich in irgend einer Weise noch zu helfen weiß, nimmt bei Hubbe schon seit langer Zeit keine Arbeit mehr an.

In Großbreitenbach, Firma Wagner & Enders wollen die Maler sich gegen eine geplante Lohnreduktion energisch zur Wehr setzen. Solange diese Sache nicht erledigt sind Arbeitsangebote nach G. zu unterlassen.

In Schwarz, Firma Beyer & Bod, wollen die Brenner einige Forderungen einreichen. Ueber den weiteren Verlauf werden wir berichten.

In Planenhammer scheint sich die Situation zuweilends zu verschärfen. Der Direktor, dem ein Studium des bekannten Buches von Knigge, über den „Umgang mit Menschen“, anscheinend dringend zu empfehlen ist, scheint alles daran zu setzen, um zu beweisen, daß er der starke Mann ist, der nur allein imstande sein kann, den unter seinen Vorgängern „verrotteten“ Betrieb wieder rentabel zu gestalten. Hoffentlich stellt es sich am Ende nicht heraus, daß das Pferd am Schwanz aufgepäppelt wurde.

In Waldenburg haben Verhandlungen über die eingereichten Forderungen noch nicht stattgefunden, so daß der weitere Verlauf dieser Angelegenheit noch abzuwarten bleibt.

In Cassel befindet sich die Firma Pflüger & Läufer, Malerei für Apotheken-Standgefäße, die ein knapps halbes Duzend Leute beschäftigt, auch auf dem Kriegspfade gegen unseren Verband. Für den Fall, daß diese Firma früher oder später wieder einmal Maler suchen sollte, wollen sich die Kollegen diese merken, sofern sich diese auch noch fernerhin in der Rolle eines „Scharfmachers im Westentaschenformat“ gefallen sollte.

In Colditz, Firma Thomsberger und Herrmann, haben wohl Verhandlungen stattgefunden, jedoch steht vorläufig noch nicht fest, ob damit die schwebenden Differenzen ihren Abschluß erreichen werden oder nicht. Die endgültige Entscheidung hierüber hängt von der Antwort des Direktors ab, der an den Verhandlungen nicht teilnehmen konnte. Solange wir nicht berichten können, daß die Differenzen erledigt sind, ist die über diese Firma bestehende Sperre nach wie vor zu beachten.
Joh. Schneider, Verbandschriftführer.

Zur Generalversammlung

Richtigstellung.

In meinem Artikel in der letzten Nummer der Ameise war seitens der Redaktion bemerkt worden, daß die laufenden Beiträge von den Verbandsbeamten bezahlt werden. Das liest sich, als ob ich die Verbandsbeiträge gemeint hätte. In diesem Sinne hatte ich nicht geschrieben, sondern ich meinte die Beiträge für die Privatversicherung, sowie für die Reichsversicherung der Beamten, welche erstere der Verband bisher bezahlt hat. Um Opfermut und Seelismus unter den Beamten etwas zu pflegen und um die Verbandskasse zu entlasten, halte ich es für angebracht, daß die Beamten die Hälfte der Beiträge selbst bezahlen.
R. Baumgarten, Neulöbn.

Anmerkung der Redaktion: Dem Wortlaut seines Artikels nach konnte Kollege Baumgarten nur die Verbandsbeiträge gemeint haben. Doch ist nach seiner Berichtigung ohne weiteres glaubhaft, daß er die Versicherungsbeiträge meinte. Sein Artikel mußte unter den Lesern die Meinung aufkommen lassen, daß die Verbandsbeamten von den Verbandsbeiträgen befreit seien, deshalb machten sich die beiden kurzen Anmerkungen der Redaktion notwendig.

Zum Statutenentwurf.

Drei Berufsorganisationen mit so verschiedenartigen Unterstüzungseinrichtungen, wie sie die Verbände der Porzellanarbeiter, der Glasarbeiter und der Töpfer aufweisen, unter einen Hut zu bringen, ist zweifellos keine leichte Aufgabe.

Große Schwierigkeiten, die, abgesehen von den Unterstüzungseinrichtungen ihren Grund zum Teil auch in den eigenartigen beruflichen Verhältnissen der Glasarbeiter und Töpfer haben, sind zu überwinden; um der Verschmelzung dieser drei Verbände den Weg zu ebnen, dem künftigen Gesamtverband erhöhte Aktionsfähigkeit zu verleihen, unter gerechter Verteilung der Pflichten und Rechte auf die Mitglieder der in Betracht kommenden Berufe.

Im vorliegenden Statutenentwurf ist nun der Versuch gemacht, der mannigfachen Schwierigkeiten Herr zu werden, eine kraftvolle Kampforganisation zu schaffen, ohne die Mitglieder in ihren Rechten zu sehr zu beschränken. Es muß anerkannt werden, daß der Beratungskommission hat da recht glücklich gearbeitet. Kann man nicht mit allem einverstanden sein, so muß doch gesagt werden, daß der Entwurf im großen Ganzen doch eine geeignete Grundlage zu weiteren gedeihlichen Verhandlungen in der Verschmelzungsfrage bildet.

Sache der kommenden außerordentlichen Generalversammlung wird es sein, den Statutenentwurf von den ihm anhaftenden Mängeln zu reinigen und den letzten Schritt zur Vollendung des großen Werkes der Verschmelzung zu tun. Vollkommen alle Beteiligten zufriedenstellend wird weder das Resultat unserer, noch jenes der gemeinsamen Generalversammlung sein. Reibungen, strittige Punkte wird es auch dann noch geben, das liegt schon in der Natur der Sache. Aber durch das spätere praktische Zusammenarbeiten wird es wohl möglich sein, etwa bestehende oder neu auftauchende Streitpunkte zur Zufriedenheit auszugleichen. Was am Statutenentwurf interessiert, ist die Umgestaltung des Beitrags- und Unterstüzungswesens. Allgemein kann man sich damit zufrieden geben, wenn ich auch gewünscht hätte, daß der Eingriff weniger empfindlich gewesen wäre. Doch des großen Zielles wegen will ich den Verlust verschmerzen. Der Entwurf weist aber einige Härten auf, die beseitigt werden müssen. Da ist zunächst § 5 Ziff. 7, wonach Beiträge auch bei Unterstüzungsbefug und bei vorübergehenden Arbeitseinstellungen zu zahlen sind. Dann kommt die Bestimmung, daß Streit-, Maßregelungs- und Krankenunterstüzung erst vom 4. Werktag an gewährt wird. Auf Kollegen, die in Streit treten oder die gemäßiget werden, wirkt es sicherlich nicht ermutigend, 3 Tage lang auf die lerge Unterstüzung zu warten und obendrein noch Beiträge zu zahlen. Diese zwei Bestimmungen müssen in Wegfall kommen. Sollte das jedoch im Interesse der Kampffähigkeit des Verbandes nicht möglich sein, dann muß wenigstens die Karenzzeit beim Unterstüzungsbefug wegfallen, schon im Hinblick auf die Erhöhung derselben bei der Arbeitslosenunterstüzung. Diese Regelung dürfte finanziell wohl nicht zu sehr ins Gesicht fallen. Die alten langjährigen Mitglieder haben schon auf vieles verzichtet zugunsten des Verbandes, sodaß man ihnen jetzt auch einmal entgegen kommen sollte. Beim Bezuge von Krankenunterstüzung sollte die Karenzzeit ebenfalls beseitigt werden. Im Zusammenhange damit müßte auch § 6 des Statutenentwurfs abgeändert werden. Es sollte heißen: Stellungslose Mitglieder, die keine Unterstüzung beziehen und arbeitsunfähige Mitglieder sind nicht verpflichtet, Beiträge zu zahlen, sofern . . . Dafür würde ich gern auf die neueinzuführende Sterbeunterstüzung im Todesfalle der Ehefrau verzichten. Erscheint dies als zu weitgehend, so unterstütze ich den Vorschlag des Kollegen Hade-Bayreuth, eine Karenzzeit von höchstens 2 Tagen einzuführen. Gegen eine weitere Belastung des kommenden Zentral-Verbandes mit neuen Unterstüzungsorten wende ich mich ganz entschieden. Will man die Kampffähigkeit, die durch die Umgestaltung unserer Verbandseinrichtungen erreicht werden soll, nicht von vornherein lähmen, so könnten neue Unterstüzungsorte nur durch eine Beitragserhöhung erreicht werden. Unserer ferneren Agitation wäre das sicherlich nicht dienlich.

Karl Koch, Waldsassen.

Statutenentwurf und Verschmelzung.

Nach den bisher in der Ameise erschienenen Berichten scheint der neue Statutenentwurf, betreffs Verschmelzung der drei Verbände, Porzellan-, Glasarbeiter und Töpfer, zu einem Verbände der Keramarbeiter, in den Kreisen der Kollegen eine ziemlich kühle Aufnahme gefunden zu haben. Trotzdem muß aber allseitig anerkannt werden, daß uns die Entwicklung im Wirtschaftsleben zu einem naturnotwendigen Zusammenschluß treibt. Sehen wir uns als Vorbild die Arbeitgeber an, welche aus der Entwicklung gelernt und den Zusammenschluß schon vollzogen haben, weil sie genau wissen, daß sie dadurch ihrerseits ein festeres Bollwerk gegen die vorwärtsstrebende Arbeiterklasse bilden. Daß auch die Kollegen einen Drang nach größerem Zusammenschluß haben, beweisen die Anträge zu den Generalversammlungen, sich zu einem größeren Industrieverband zu vereinigen. Um aber dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, daß sich die kleinen Verbände miteinander verschmelzen. Daß bei einem Zusammenschluß kleiner Verbände zu einem größeren nicht die Wünsche eines jeden Einzelnen Berücksichtigung finden können, ist wohl selbstverständlich. Daß aber ohne Verschmelzung jeder Verband für sich auch den Druck der Unternehmer auf die Dauer nicht aushalten kann, muß auch jedem einleuchten, der mit dem Gewerkschaftsleben vertraut ist. Die Schwierigkeit der Verschmelzung liegt ja zweifellos in den Unterstüzungseinrichtungen der drei Verbände. Die Porzellanarbeiter, welche mit den Unterstüzungseinrichtungen, als Kranken-, Arbeitslosen- und Streitunterstüzung schon lange Jahre arbeiten, wollen diese Einrichtungen nicht missen. Bei den Glasarbeitern ist die

Krankenunterstützung, und bei den Töpfern die Arbeitslosenunterstützung neu eingeführt. Daß bei den beiden Verbänden, welche sich einen neuen Unterstützungsweig zugelegt haben, die Beiträge erhöht werden müssen, ist klar, denn dadurch können wir nur zu einem etwas einheitlichem Ganzen kommen. Wenn die Glasarbeiter, welche ohne Krankenunterstützung auch niedrige Beiträge gezahlt haben, denken, ohne Krankenunterstützung besser zu fahren, so muß das bezweifelt werden, denn auch sie werden krank werden. Ein Kranker braucht aber meistens mehr als ein Gesunder und darum ist auch diese Unterstützung nicht von der Hand zu weisen.

Die Töpfer haben die Arbeitslosenunterstützung neu eingeführt. Das Ergebnis darüber ist uns noch nicht bekannt, jedenfalls steht aber fest, daß unter den jetzigen Verhältnissen auch darauf nicht verzichtet werden kann. Wenn auch zugegeben werden muß, daß unser heutiger Staat mit seiner kapitalistischen Wirtschaftsordnung für die Arbeitslosen zu sorgen hat, so sind wir doch heute eben noch nicht so weit. Unsere Aufgabe ist es, in Zukunft dahin zu wirken, daß die Sorge für die Arbeitslosen auf den Staat bezw. auf die Kommune abgewälzt wird. Lange genug haben die Arbeiter dem Staat die Armenlasten abgenommen, um noch zum Dank dafür von den Behörden belästigt und verfolgt zu werden.

Nun, zum Statutenentwurf muß man sagen, daß die Kommission, welche mit den Schwierigkeiten, die verschiedenen Unterstützungseinrichtungen unter eine Schablone zu bringen, zu rechnen hatte, ganz gut gearbeitet hat. Das nun alle drei Verbände etwas Nachgiebigkeit zeigen müssen, liegt in der Natur der Sache selbst. Erst wenn der neue Verband zwei Jahre nach dem auf der Generalversammlung verbesserten Statut gearbeitet hat, lassen sich die Mängel beseitigen, welche in der Zeit vorgefunden werden. Deshalb aber, weil nicht der Wunsch eines jeden Einzelnen berücksichtigt ist, gegen das Statut und die Verschmelzung überhaupt zu stimmen, wäre der größte Fehler.

Zu den einzelnen Paragraphen selbst ist zu sagen, daß zum Beispiel die Beiträge dem Verdienst entsprechend gerechter geregelt sind, auch daß bei dem Krankengeldzuschuß die Beiträge nach dem Verdienst als Obligatorium mit verflochten ist, ist nur zu begrüßen, denn dadurch werden auch die jungen Leute, welche gewöhnlich denken, nicht krank zu werden, herangezogen.

Der Beitrag bei einem Verdienst bis 8 Mark betrug bisher Verband 15 Pfg., Zuschußklasse im niedrigsten Fall 10 Pfg., zusammen 25 Pfg. Im Entwurf 25 Pfg. Krankengeldzuschuß in beiden Fällen 2,50 Mk. Der Beitrag betrug bisher bis 15 Mk. Verdienst 30 Pfg. Verband, Zuschußklasse im niedrigsten Falle 10 Pfg., gleich 40 Pfg. Im Entwurf bis 13 Mk. 40 Pfg. Krankengeld im alten 2,50 Mk., im Entwurf 4 Mk. Beitrag bisher bei 21 Mk. Verdienst 45 Pfg., niedrigster Zuschußklassenbeitrag 10 Pfg., gleich 55 Pfg. Im Entwurf bis 18 Mk. 55 Pfg. Krankengeld bisher 2,50 Mk., im Entwurf 5,50 Mk. Beitrag bisher bei über 21 Mk. Verdienst 60 Pfg. Verband, 10 Pfg. niedrigster Zuschußklassenbeitrag, ist 70 Pfg., im Entwurf bis 23 Mk. 70 Pfg., Krankengeld bisher 2,50 Mk., im Entwurf 7,00 Mark. Sonst war bei einem Verdienst über 21 Mk. der höchste Beitrag im Verband und Zuschußklasse 1 Mk. Die weniger Verdienenden haben hier mindestens einen Vorteil zu verzeichnen.

Daß die Unterstützungsdauer anders geregelt ist, hat wohl hauptsächlich seinen Zweck darin, daß die Fluktuation etwas unterbunden werden soll. Die Regelung wäre aber am besten so vorzunehmen, daß die höchste Dauer 18 Wochen bleibt.

Bei der Beitragsbefreiung wäre im Absatz 1 zu streichen: „welche keine Unterstützung beziehen.“

Die Arbeitslosenunterstützung ist gekürzt, um ebensoviel ist die Streikunterstützung erhöht. Es ist damit den andern beiden Verbänden Rechnung getragen, welche mehr Wert auf eine Kampforganisation legen. Persönlich wäre es aber, wenn die Unterstützungen sofort in Kraft treten, nicht erst vom 7. bezw. 4. Bezugs an. Neu eingeführt ist die Sterbeunterstützung der Frauen.

Hoffentlich wird die Generalversammlung das, was noch zu ändern ist, ändern.

Ein leichtes Verhalten haben ja die Delegierten diesmal nicht, denn jedermanns Recht geran, ist eine Kunst, die niemand kann. Die Hauptfrage ist, daß das Statut so gut beschaffen ist, daß es bei einer Urabstimmung angenommen werden kann, zum Wohl der Arbeiter in der keramischen Branche.

Gustav Baarmann, Teltow.

Aus Mitgliederkreisen.

|| Sind Betriebskrankenkassen für uns vorteilhaft?

Daß Betriebskrankenkassen für die Arbeiter nicht da sind, was sie eigentlich sein sollten, wird schon mancher von uns Arbeitern erfahren haben. Besonders die Kassen der kleineren Betriebe sind zu verwerfen, weil deren Leistungsfähigkeit eine ganz minimale ist. Um die Kassenleistungsfähigkeit zu erhalten, sind die Unternehmer darauf bedacht, nur junge und gesunde Leute einzustellen. Was das aber für ältere Arbeiter bedeutet, erkennt nur der, der gezwungen ist im vorgerückten Alter sich um einen neuen Arbeitsplatz bemühen zu müssen. Ein Beispiel! Ich bekam Arbeit in einer Fabrik in Wallerfangen an der Saar zugesagt, mit der Voraussetzung, daß ich gesund sei. Ich mußte mich einer ärztlichen Untersuchung unterziehen. Der Arzt mußte auf einem Formular alle möglichen Fragen beantworten. Die Untersuchung und demzufolge das ärztliche Attest fiel zu meinen Ungunsten aus. Als ich mit diesem Attest in die Fabrik kam, überbrachte mir der Portier fünf Mark mit dem Bemerkung, daß ich nicht eingestellt würde, da ich ja doch nicht mehr arbeiten würde. Er hätte mir allerdings nicht angelehnt, daß ich so schwer krank sei. Seit dieser Zeit sind sechs Jahre verfloßen und ich arbeite heute noch. Nebenbei will ich noch bemerken, daß ich dort in ein gutes Zentrumsviertel geratet wäre. Ich konnte das schon in dem Gasthaus, in dem ich einkehrte hören, denn der Gastwirt war der Ansicht, daß ein Arbeiter nicht auf das Fahrrad gehöre, weil sonst der Antikrist nicht mehr weit davon entfernt sei. Ich hätte mich allerdings gefreut, wenn ich in dieser Beziehung mein Wissen hätte bereichern können, obgleich ich in Bonn-Poppelsdorf schon ganz schöne Erfahrungen gesammelt hatte.

Auch bei Streiks sind die Betriebskrankenkassen ein Hindernis, da ein älterer Arbeiter doppelte Bedenken hat, im Falle des Mißlingens wieder in den Betrieb zu kommen. Für den Vertreter ist es besonders schwer, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, besonders dann, wenn die Verhandlungen in der Fabrik und während der Arbeitszeit stattfinden. Für uns kann es nur von Vorteil sein, wenn überall darauf gedrungen wird, daß große Krankenkassen geschaffen werden. Deren Leistungen sind größer und besser als die der Betriebskrankenkassen. Auch ist in ersteren eine freiere und gründlichere Beratung möglich, die im Interesse der Mitglieder und der Kasse liegt. Um aber den Vertretern den nötigen Rückhalt zu geben, ist es nötig, daß sich Arbeiter und Arbeiterinnen organisieren. Im Bewußtsein, daß alle Arbeiter hinter ihm stehen, wird mancher Vertreter Worte finden, die dem Ganzen dienen. Unser eigenes Wohl erfordert, daß sich Alle, ob gesund oder krank, dem Verbands angeschlossen. Denn es kann uns nicht gleichgültig sein, ob wir zu Heloten herabgedrückt werden oder ob wir uns ein menschenwürdiges Dasein erringen können. Die Möglichkeit zu letzterem ist vorhanden, aber nur dann, wenn wir einig sind. Und diese Möglichkeit bietet uns eine starke Organisation.

R. Fehst, Hamborn.

Hus unserem Berufe

Kloster-Uessa. Ein Betrieb, in welchem sonst alles, aber für die Arbeiterschaft nichts gutes möglich ist, ist die Porzellanfabrik von Bofinger & Co., G. m. b. H. Schon vor Jahren und wiederholt sind über die darin bestehenden Mißstände der Gewerbeinspektion Mitteilungen gemacht worden; aber diese wird vielleicht Anordnungen geben, ob sie jedoch auf die Durchführung den notwendigen Nachdruck legt, scheint nach dem Verhalten der Firma stark fraglich zu sein. Mißstände, die der Kollege Zietich schon vor Jahren von der Reichstagstribüne herab unter voller Bezeichnung des Betriebes bekannt gegeben hat, bestehen heute noch genau wie zuvor; gescheuert wurden diese in fragelohenden Arbeitsräume noch immer nicht, obwohl der Betrieb nun bald 25 Jahre besteht. Seitdem der von Schönwald her bekannte und in Kahla so plötzlich gegangene Direktor Fischer in Kloster-Uessa eingezogen hat, sind die Zustände für die Arbeiterschaft noch bedeutend schlimmer geworden. Zu der bestehenden Teuerung werden hier noch besondere Fähigkeiten auf Lohnreduktionen geübt, wie man sie anderwärts nicht antrifft, und die ja bekanntlich auf besondere kaufmännische Fähigkeiten eine günstige Beurteilung nicht zulassen. Bis abends 10 Uhr steht man bestimmte Arbeitsräume erleuchtet, und das ist ja gewöhnlich der beste Beweis für niedrige Löhne. Die Lebensverhältnisse sind hier außerordentlich teuer, und das sogenannte Kostgeld

ist in keinem Ort so hoch wie hier und steht vielfach dem erzielten Wochenverdienst gleich, ja oft genug bleibt der Wochenverdienst noch hinter dem Kostgeld zurück. Zu allem ist übrigens auch schon wiederholt die Ankündigung von Defekt-Abzug erfolgt. Die Behandlung paßt vortrefflich zu diesen Verhältnissen. Nicht mehr junge Leute werden nicht nur mit „Schweinspelz“ tituliert, sondern bekommen auch „Dhrseigen“ angeboten, daß „sie auf den Hintern fallen“. Die Schutzbestimmungen für Jugendliche und Arbeiterinnen werden auf Anordnung des Direktors Fischer in der rigorosesten Weise übertreten, speziell in bezug auf die ungesetzliche Längerbekämpfung. In diesen Fällen ist die heilige Justitia vollständig blind, auch die zuständigen Polizeiorgane scheinen von diesen Übertretungen nichts zu merken. Kein Wunder, daß diese Firma recht viel auf der Suche nach Arbeitern ist und schon den Köder der Fahrgeldvergütung anwenden muß. Wer sich deshalb vor Schaden und weiteren Unannehmlichkeiten schützen will, ziehe vor Arbeitsannahme eingehende Erkundigungen bei der Thüringer Gauleitung ein.

M.-Gladbach. Ein Organisationshasser erster Sorte ist der Fabrikant Theodor Riffarth in Firma A. Riffarth, Inhaber der Religiösen Kunstanstalt M.-Gladbach.

Seit längerer Zeit sucht er nur Unorganisierte in seinen Betrieb hineinzubringen, welche bei ihrer Ankunft die schriftliche Erklärung abgeben müssen, keinem Verbandsangehörigen, sowie auch keinem beitreten zu wollen. Als Gegenleistung für das Versprechen sollen denselben die bestbezahlten Stücke in Arbeit gegeben werden.

Hierzu erklärte er noch, sobald sich einer oder der andere organisierte Arbeiter dagegen auflehnen sollte, hätte er einen Tritt von ihm zu erwarten. Als besonderes Privileg genießen dieselben noch den Vorzug, schlechte Arbeit abliefern zu können, wogegen man es bei den Organisierten äußerst genau nimmt.

Seine weiteren Zukunftspläne gehen in der Richtung, daß er die Lehrlingsgroßzüchterei im weitesten Umfange betreibt. In den Lehrlingen hofft er später dann die willfährigen Elemente für seine Zwecke in punkto Lohnrückerei zu finden. Es soll auch weiter untersagt sein, daß den Unorganisierten und Lehrlingen in unerlaubter Weise in punkto Agitation für den Verband nähergetreten wird, unter Androhung sofortiger Entlassung. Auch wandte er sich an einen italienischen Kleinmeister, damit dieser ihm eine Anzahl seiner Landsleute beschaffe, die ohnedies schon einen Krebschaden in unserem Berufe bilden.

Ein Kollege, der es trotzdem wagte, in dieser Beziehung einen Schritt zu tun, wurde ohne Einhaltung der Kündigung sofort entlassen.

Riffarth arbeitet mit allem Hochdruck an der Niederkämpfung der Organisation, um so nach Ablauf unseres Tarifes am 1. September gerüstet zu sein. Alle Kollegen wollen dies beachten.

Selb. Die Veröffentlichung der Bilanz der Firma Rosenthal für das Jahr 1912 ist nunmehr erfolgt. Um nun der Arbeiterschaft zu zeigen, welche ungeheure Mehrwerte diese geschaffen hat, ist es notwendig auf die einzelnen Kontos näher hinzuweisen. Bei einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark wurde ein Bruttogewinn von 2 184 451 Mk. erzielt. Nehmen wir an, die Firma beschäftigt in den drei Fabriken Selb, Marktredwitz und Kronach 3000 Arbeiter, so ergibt sich, daß die Firma an jedem Arbeiter 728 Mk. pro Jahr verdiente (wovon allerdings ein kleiner Teil für Betriebskosten abgeht), ganz gleich, ob männlich oder weiblich, gelernt oder ungelernt. Da zu diesen Arbeitern auch die 13jährigen Mädchen und Jungen mitgezählt sind, kann man ermaßen, was ein erwachsener Arbeiter der Firma verdient hat. Wenn die Firma trotzdem nur 20 Proz. Dividende verteilt, so geschieht dies nur um ein Scheinmanöver vorzunehmen. In Wirklichkeit hätte die Firma 40 Proz. und noch mehr verteilen. Um die Sache nicht so auffällig zu machen, nimmt man einfach Abschreibungen vor. Wie diese gemacht werden und in welcher Höhe, sollen nachstehende Beispiele zeigen. Das Modell- und Formen-Konto, das 163 188 Mk. betrug, erfuhr eine Abschreibung von zirka 33 1/2 Proz. und eine Extraabschreibung von 18 500 Mk., in Summa 72 404 Mk. Dem Matrizen-Konto mit 9663 Mk. wurden 9662 Mk. abgeschrieben = 100 Prozent, sodas dieses Konto nur noch mit 1 Mk. zu Buch steht. Das Konto Lithographische Abteilung 15 Proz. Abschreibung = 2454 Mk. und Extraabschreibung 5000 Mk. Dem Fuhrpart-Konto wurde schon in den Vorjahren reichlich abgeschrieben. In diesem Jahre schrieb man 25 Proz. = 4679 Mk. und außerdem extra 10 000 Mk. ab. Das gesamte Fuhrpart-

Konto der drei Fabriken (Pferde, Wagenmaterial usw.) beträgt nur noch 4299 Mk. Nach diesen reichlichen Abschreibungen, von denen bloß einige Kontos herausgezogen sind, verbleiben trotzdem noch 819 817 Mk. Reingewinn. Wohin die übrigen Summen gekommen sind, ist aus der Bilanz nicht ersichtlich, sie verschwinden im Gewinn- und Verlust-Konto. Die 20 Proz. Dividende erfordern jedoch nur 520 000 Mk., weshalb noch ein Vortrag von 117 494 Mk. verbleibt. Welch ungeheure Lantlemen müssen da die Herren Direktoren, Aufsichtsräte usw. für ihre „äußerst anstrengende Tätigkeit“ außerdem noch erhalten haben. Also trotz unzureichender Einwirkung eines 6 wöchentlichen Streiks und der dadurch bedingten Aussperrung — wie es im Geschäftsbericht heißt — dieses glänzende Resultat! Ein Werk der fleißigen Arbeitsbienen! Nun wird allgemein angenommen werden, daß die Arbeiterschaft bei diesem Ergebnis auch eine dementsprechende würdige Behandlung erfährt. Doch weit gefehlt. Die „bedingte Aussperrung“ hat der Arbeiterschaft sogar wieder entzogen, was diese vorher als nützliche Einrichtung würdigte, den Urlaub! Statt dessen wurde eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen gelaugt und in die „Wohlfahrtsklasse“ gezwungen, um diese gewerkschaftlich, politisch und gesellschaftlich ausschalten zu können. Obgleich die Zahl dieser „edlen Seelen“ sehr gering ist, weist das Wohlfahrts-einrichtungskonto 55 211 Mk. auf. Da die Arbeiterschaft, bis auf die sogenannten Selben, von einer Wohlfahrtseinrichtung nichts verspürt, im Gegenteil bei allen Anlässen und Geringsfügigkeiten mit ganz erheblichen Strafen bedacht wird, wirkt dieses Konto geradezu herausfordernd. Für eine Anzahl Elemente, die der klassenbewußten Arbeiterschaft in den Rücken fallen sollen, wenn es gilt für ein menschenwürdiges Dasein zu kämpfen, wird diese Summe verausgabt. Kommt dies nicht einem Judeslohn gleich? Wie hoch die Summe der Strafen ist und welche Verwendung diese finden, davon wird die Arbeiterschaft nicht unterrichtet. Trotz dieses glänzenden Ergebnisses kommt es häufig vor, daß die Arbeiterschaft bei Vorbringen ihrer berechtigten Wünsche abgewiesen wird. Protestiert diese dagegen oder erhebt Widerspruch gegen das ungerechtfertigte Abziehen der Strafen, so hört man gleich die Worte darauf folgen: Wenn es Ihnen nicht paßt, dann gehen Sie, oder: Wenn es noch einmal vorkommt, erfolgt sofortige Entlassung, oder noch deutlicher: Dann fliegen Sie hinaus! Und dabei glaubt noch eine Anzahl Arbeiter an eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit! Unmählich wird man einsehen müssen, daß zwischen beiden Teilen eine unüberbrückbare Kluft besteht.

Steinach. Nicht eigentümliche Umgangsformen belieben sich gegenüber ihren Arbeitern die Herren Eichhorn in der Görrismühle. Vorige Woche wurde ein Arbeiter zu einer militärischen Übung eingezogen und erklärte der Firma, daß er die ihm auf Grund des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches zustehende Lohnschädigung beanspruche. Neben der direkten Abweisung wurde der Arbeiter aber noch mit folgender „Liebenswürdigkeit“ bedacht: „Du hast wohl einen F . . . im Kopf, du dumme Sau!“ Eine Arbeiterkommission war an einem der letzten Tage vorstellig, um die Beseitigung eines eingetretenen Mißstandes zu erbitten. Als Antwort wurde ihr die Tür zum Hinausgehen geöffnet mit der Erklärung: „Macht daß ihr hinauskommt ihr Hallunken, das geht euch einen Sch . . . dreck an, das mache ich wie ich will!“ Die Arbeiter werden selbstverständlich die entsprechende Antwort bei gelegener Zeit nicht schuldig bleiben, und dabei jedenfalls auch auf frühere Zustände dieses Betriebes, wo sich die Herren sogar in besonderer „Schlagfertigkeit“ gegenüber ihren Arbeitern erginaen, eingehender zurückkommen.

München. Im Bericht über den Nymphenburger Tarifvertrag in voriger Nummer muß es heißen: Der Vertrag tritt am 1. Mai 1913 in Kraft (nicht 1911).

Hus anderen Verbänden

Der Verband der Cöpler gibt soeben seinen Jahresbericht für 1912 heraus. Durch die zu erwartenden Differenzen im Baugewerbe und die durch Terrainspekulation hervorgerufene Baukrise in Groß-Berlin war das Jahr 1912 für die Mitglieder des Cöplerverbandes ein Krisenjahr schlimmster Art. Deshalb ist über den Mitgliederbestand nichts Gutes zu berichten. Die Mitgliederzahl verringerte sich um 442 und betrug am Jahresluß 11 733. Der Kassenbestand betrug 375 651 Mark. Die schlechte Konjunktur spiegelt sich auch in den Kassenverhältnissen wider. Einer Einnahme von

396 593 Mark stand eine Ausgabe von 416 542 Mark gegenüber. Die Arbeitslosenunterstützung, die am 1. Oktober 1911 zur Einführung gelangte, betrug im Vorjahre rund 78 000 Mark.

Die Binnenschiffer nahmen am 26. April im Berliner Gewerkschaftshause in einer Generalversammlung Stellung zu den letzten Verhandlungen mit dem Unternehmerverbande. Die Versammlung erklärte sich mit einer dreijährigen Vertragsdauer und einer Zulage von 5 Mark pro Mann und Monat einverstanden und beschloß die Arbeit wieder aufzunehmen. Einstimmig beschloß sie, den Lokalbeitrag von 10 auf 20 Pfa. zu erhöhen. Ferner fordert, sie alle Mitglieder auf, erneut die Agitation aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß die in der Binnenschiffahrt beschäftigten Personen dem deutschen Transportarbeiterverband zugeführt werden.

Auf der Internationalen Bauausstellung in Leipzig 1913 errichtet die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur praktischen Veranschaulichung der sozialen Forderungen der Gewerkschaften ein eigenes Gebäude mit Gerüsten für alle bei einem Bau beteiligten Arbeitergruppen sowie Aufzüge für Baumaterialien. Alles dies wird in natürlicher Größe durchgeführt. Das Gebäude geht seiner Ausführung rasch entgegen. Innerhalb des Arbeiterschutzes, der sich fast auf alle Gebiete des gewerblichen Lebens erstreckt und von der organisierten Arbeiterschaft überall dringend gefordert wird, nimmt der Arbeiterschutz auf Bauten eine besondere Stellung ein. Das von den deutschen Gewerkschaften geplante Haus soll ein Mustergebäude werden, an dem die verschiedenen zu einem Bauarbeiterschutz unbedingt nötigen Gerüste aufgeführt werden. Dazu kommen noch mustergültige Baubuden, Aborte und andere mannigfache hygienische und sanitäre Einrichtungen, die die Arbeiter gegen berufliche Krankheiten und Unfälle möglichst schützen sollen. Besonderer Wert ist auf den Schutz vor der so verderblichen Zugluft auf Bauten gelegt worden. Auch statistisches Material über die Bauarbeiterschutzforderungen kann eingesehen werden. Ferner wird eine ganze Reihe von Ventilations-, Heizungs- und Beleuchtungsanlagen und sanitären Vorrichtungen bei plötzlichen Erkrankungen und Unfällen gezeigt. Die Behandlung, die die deutschen Gewerkschaften auf der Internationalen Hygieneausstellung erfahren haben, hat sie nicht entmutigt, auf der Bauausstellung in Leipzig, die ja gerade den Bauinteressen dienen soll, selbständig und zum erstenmal in Deutschland mit einem eignen Ausstellungsgebäude hervorzutreten. Der ideale Wert dieses Schrittes ist unverkennbar und nur zu begrüßen. Im Anschluß an die Ausstellung in diesem Bau wird ein Bauarbeiterkongreß abgehalten, der die berechtigten Forderungen der Bauarbeiter wesentlich unterstützen und fördern wird.

Der Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands hielt seinen fünften Verbandstag Ende April in Breslau ab. Der Verband zählte am Jahreschluß 1885 Mitglieder und hatte einen Kassenbestand von 48 306 Mark. Der Verbandstag beschloß einen Agitationsleiter im Hauptbureau anzustellen. Außerdem traf er einige Änderungen des Statuts, die sich auf Unterstützung und Beitragszahlung beziehen. Besonders erwähnenswert ist eine gefaßte Resolution, die sich scharf gegen die Konkurrenz der Militärmusiker wendet.

Der Fabrikarbeiterverband im Jahre 1912. Das abgelauene Geschäftsjahr stand im Zeichen des Aufstieges. Am Schluß des Jahres 1912 betrug die Zahl der männlichen Mitglieder 181 273, die der weiblichen 26 324, insgesamt zählte der Verband also 207 557 Mitglieder. Die Zunahme beträgt gegen das Vorjahr 18 154. Entsprechend dieser Entwicklung ist auch das finanzielle Ergebnis ein günstigeres als im Vorjahre. Die Einnahmen der Hauptklasse betragen 4 337 531 M. An Unterstützungen wurden verausgabt 2 093 819 M. An Gesamtausgaben verzeichnet die Hauptklasse 3 336 575 M. Der Kassenbestand betrug am Schluß des 4. Quartals 3 150 975 M. Außerdem hatten die Lokalkassen insgesamt einen Bestand von 361 580 M. Das Verbandsvermögen betrug am Jahreschluß 4 012 558 M.

Lohnbewegungen, Streiks und Ausherrungen sind im Jahre 1912 insgesamt 201 zu verzeichnen. Davon konnten 443 ohne Arbeitseinstellung abgehandelt werden.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen im Jahre 1912. Die Gastwirtsgehilfen haben ein sehr arbeitsames und auch erfolgreiches Jahr hinter sich. Die Zahl der Mitglieder stieg von 16 918 auf 19 542; es war also eine Zunahme von 3624 Mitgliedern zu verzeichnen.

Der Kassenbericht deutet ebenfalls auf eine gesunde Entwicklung hin. Die Einnahmen des Verbandes betragen neben einem Kassenbestand von 172 000 M. rund 450 000 M.

gegen 324 000 M. im vorigen Jahre. Die Ausgaben belaufen sich auf 415 702 M., sodaß ein Kassenbestand von 206 000 M. verblieb.

Vom 1. Oktober dieses Jahres ab zahlt der Verband an seine Mitglieder auch eine Arbeitslosenunterstützung für die Wintermonate.

Vermischtes

Der Verband der proletarischen Freidenker hielt seine 4. Generalversammlung kürzlich in Braunschweig ab. Der Verband, dessen Gründung 1908 in Eisenach erfolgte, zählt in 89 Zahlstellen über 5000 Mitglieder. Das Verbandsvermögen beträgt 3200 M. Der Verband hat durch rege Agitation den Gedanken des Kirchenaustritts in immer weitere Kreise getragen. Tausende haben infolge der Agitation ihren Austritt aus der Kirche bewirkt. Die Generalversammlung nahm eine Resolution an, die sich gegen den Krieg wendet und darauf hinweist, daß alle Kriege im Namen des Christentums und unter Besürwortung der Vertreter der christlichen Kirche geführt werden. In der Diskussion über den Punkt Agitation wurde betont, daß es darauf ankomme, möglichst viele Arbeiter zum Austritt aus der Kirche zu veranlassen.

Belgien. Der Generalstreik zur Er kämpfung eines gerechteren Wahlrechtes war programmäßig am 14. April ausgebrochen. Er war nicht vollkommen, aber doch so ziemlich allgemein und umfaßte 400 000 bis 450 000 Teilnehmer. Dadurch sahen sich die maßgebenden Kreise veranlaßt, einer Reform des Wahlrechtes näher zu treten. Demzufolge hob ein außerordentlicher Parteitag am 24. April den Generalstreik mit großer Majorität auf. Das belgische Proletariat ist bereit, die Waffe des Generalstreiks wieder in Anwendung zu bringen, wenn Regierung und herrschende Klassen in der Wahlrechtsreform eine Verschleppung eintreten lassen würden, oder die Reform nicht zur Zufriedenheit der Arbeiter ausfällt.

Gewerkschaften und Wehrvorlage. Bekanntlich sollen die durch die Heeresvorlagen verursachten einmaligen Ausgaben ausnahmsweise einmal von dem Besitz und Reichtum getragen werden. Auch die deutschen Bundesfürsten wollen in die Tasche greifen und ihren Teil beitragen. Gegenüber der Forderung, daß auch das Riesenvermögen der „toten Hand“, die kirchlichen Güter der Besteuerung unterliegen soll, machen die Reaktionären den Vorschlag, auch das Vermögen der Gewerkschaften für die Zwecke der neuen Wehrvorlage zu besteuern. Das ist natürlich Unsinn. Gewerkschaftsbeiträge sind bei der Steuereinschätzung nicht abzugsfähig, insobedessen schon einmal besteuert. Außerdem kommt auf den Kopf der Mitglieder nur gegen 30 Mark. Es handelt sich nur um Spargroschen der Arbeiter. Mit demselben Rechte könnte man das „Vermögen“ der Sparkassen zur Steuer heranziehen.

Der Streik in der New Yorker Konfektionsindustrie. Der Riesenstreik in der New Yorker Herrenkonfektion, an dem etwa 100 000 Arbeiter beiderlei Geschlechts beteiligt waren, wurde nach 10 wöchiger Dauer beigelegt, nachdem die hochmütigen Arbeitgeberverbände sich zu bedeutenden Zugeständnissen bereit erklärt haben. Die wichtigsten Errungenschaften des großen Kampfes sind eine Maximal-Arbeitswoche von 52 Stunden und die Anerkennung der Arbeiterorganisation. Eine Lohnzulage von einem Dollar (4,20 M.) pro Woche, die bewilligt wurde, muß dagegen als durchaus unbefriedigend betrachtet werden, da die Löhne in der Herrenkonfektion New Yorks seit mehr als einem Jahrzehnt keine Erhöhung erfahren hatten, während die Lebensmittelpreise innerhalb dieser Periode enorm gestiegen sind. Mehr konnte aber für den Moment nicht erreicht werden, da die Arbeiter ganz unvorbereitet in den Streik getreten waren, keine Streikklasse besaßen und infolgedessen mit ihren Familien unsägliche Entbehrungen durchmachen mußten, so daß eine Verlängerung des Kampfes durchaus unnützlich erschien.

Australien. In Queensland wurde eine neue „Friedensgesetz“vorlage der Regierung schon in zweiter Lesung angenommen. Dadurch wird jeder Streik so gut wie unmöglich gemacht. Nach der Vorlage wird derjenige mit schweren Geld- und Freiheitsstrafen bedroht, der an einem nach der Vorlage ungesetzlichen Streik teilnimmt. Jede Arbeitseinstellung ist solange ungesetzlich, als sie nicht vorher der Behörde angezeigt

Sterbetafel.

Dresden. Franz Schmidt, Obermaler, gest. 29. April an Herzschwäche im Alter von 62 Jahren. Seit 1902 Invalide.
Kahla. Oskar Nicolet, Tonmüller, geb. 18. Dezember 1875 in Rohrbach, gest. 27. April an Lungentuberkulose.
Schmiedefeld. Louis Kettel, Mt. geb. 5. Februar 1848 in Bichte, gest. 25. April an Herzschlag.
Spandau. Johann Heinze, Brennhausarb., geb. 19. August 1850, gest. 20. April an Lungenschwindsucht. Krankheitsdauer 21 Wochen.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Änderungen

Braunschweig. Hr. Friedrich Hennig, Vagerstr. Casparstr. 11.
Roschütz. W. Franz Böttcher, Untermhaus, Jägerstr. 16.
Staffel a. Lahn. W. Schf. und Rff. Frig Leib, Gß., Diezerstr. 63.

Übersammlungs-Anzeigen

Arzberg. Sonnabend, 10. Mai, im Konsumverein
Berlin. Sonnabend, 17. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Breslau. Sonnabend, 24. Mai, 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12.
Fraureuth. Sonnabend, 24. Mai, punkt 4 Uhr, bei Aug. Volkstädt.
Freienort. Sonnabend, 10. Mai, im Saalthal Raschhausen. Kandidatenauftellung. Anträge zur Generalversammlung.
Hamburg. Dienstag, 20. Mai, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 8.
Leipzig. Sonnabend, 10. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshaus, Zeigerstr. 32.
Mannheim. Sonnabend, 10. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, h. Wm. Ringinger, h. 7. 24
München. Sonnabend, 17. Mai, 8 Uhr, im goldenen Lamm, Zweigstraße 4.
Nürnberg. Sonnabend, 24. Mai, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, (Histor. Hof), Neue Gasse.
Pankow. Sonntag, 18. Mai, vorm. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Bohr, Ruglerstr. 7.
Schorndorf. Mittwoch, 14. Mai, 6 Uhr, im Hirsch.
Uetow. Freitag, 9. Mai, 8 Uhr, bei Bonow. Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung. Alle erscheinen!
Unterpörlitz. Sonnabend, 10. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gasthaus zur Sonne.

Anzeigen

Achtung! Alle Aufschriften an den Oesterreichischen Porzellanarbeiterverband sind nicht an Gen. Palme, sondern nur an den Verband der Porzellanarbeiter Oesterreichs in Fischern b. Karlsbad, Böhmen, Nr. 328, zu richten.

Berlin. Sonnabend, den 17. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Zahlstellenversammlung. 1. Wahl des Delegierten zur Generalversammlung. 2. Kassenbericht.

Düsseldorf. Macho hierdurch den Kollegen bekannt, daß ich nur in meiner Wohnung zu sprechen bin und zwar Wochentags von 12 bis 1 Uhr und abends von 7 Uhr, Sonntags von 11 bis 2 Uhr.
 Der Kassierer.

Höhr. Unterstützungen jeder Art zahle ich nur in meiner Wohnung, Schützenstr. 29, und zwar von 12 bis 1 Uhr aus.
 Der Kassierer.

Kleindembach. Zahle jede Unterstützung nur in meiner Wohnung, Orlamünde b. Orlamünde, von 12 bis 1 Uhr mittags und von 6 bis 7 Uhr abends, aus.
 Max Gagler, Kassierer.

Osterode a. H. Am 1. Pfingstfeiertag findet ein Ausflug nach Oberbüttel statt, wozu sämtliche Mitglieder mit ihren Familien freundlichst eingeladen werden. Treffpunkt präzis 2 Uhr am Eingang der Pettersgüter-Allee. Um vollständige Bestätigung ersucht
 Die Verwaltung.

Arbeitsmarkt

Schildermaler, verfeiner Schablone Schneider, der hauptsächlich auf kleine Schrift eingearbeitet ist, per sofort gesucht. Derselbe muß in der Lage sein, eine Schablone herzustellen und sie zu leiten. Offerten unter E. B. an die „Ameise“ erbeten.

Preis der 2 gespaltenen
 Blattseite 80 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung
 ist Bedingung

Achtung!

Achtung!

Eine seit vielen Jahren bestehende, gut eingeführte

Porzellanbrennerei

ist wegen Krankheit zu verkaufen.

Offerten erbeten an

Frau M. Lochmann,

Dresden-Alstadt, Dürerstr. 7 p. 1.

Goldschmiere, Goldabfälle

Durch mein einfaches selbsterprobtes Schmelzverfahren bin ich in der Lage (Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Stupfer, Pinsel, Waagen, Näpfe, Paletten, Flaschen), das Gramm Feingold bis 2,86 Mk. zu bezahlen, keine Schmelzkosten mehr, bei sofortiger Geldsendung; Prozedente zahle ich im Dezember und wenn ich diesen Monat garnichts verdiene. Geschäftsprinzip: Viel Kundenschaft, wenig Nutzen. Viele Anerkennungen und Empfehlungen vom In- und Ausland.

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtsstraße 8, 2 Tr.

Achtung!

Herr Kollege, warum schicken Sie ihre Goldabfälle nicht zu mir? Machen Sie sofort einen Versuch. Alle, die bis jetzt einen Versuch machten, sind meine ständigen Kunden geworden.

Mit kollegialem Gruß

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sachsen.

Achtung!

Goldabfälle jeder Art Goldlappen, Goldwatten, Schmiere, Rehringgold kauft höchstzahlend

G. Hecht, Berlin S. 14, Sebastiansstraße 76.
 Telephon Amt Moritzplatz, Nr. 5279.

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle

Zahl
 well
 grosse
 Umsatz
 höchste
 Preise



Edel-
 Metall-
 Schmelze
 Geegründet
 1890

Otto Seifert, Zwickau S.
 Osterwelthausstr. 32.

Echte Pariser Pinsel empfiehlt Anton Müller, Frau-reuth, bei Werdau i. S.

Alle Gold-, Silber- und Platinabfälle,

wie Flaschen, Näpfe, Paletten, Schmiere, Lappen, Pinsel, Asche usw. werden ausgeschmolzen, auf Feingehalt probiert und zu den üblichen Preisen angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. Auch kann Feingold, gewalzt, von mir für 2,81 Mk. pro Gramm bezogen werden.

H. Haupt, Dresden-N., Gneisenaustr. 6.
 Gold- und Silberscheideanstalt.

Goldschmiere, Goldflaschen und alle in der Bergolberlei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung

Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Goldabfälle als Goldlappen, Goldschmiere, Goldasche, Stupfer, Pinsel

Paletten, Näpfe, leere Glanzgoldflaschen und alle Silber- und Platinabfälle werden ausgeschmolzen und nach Feinprobe zum Tagesmetall angekauft. Für alte Zahngebisse, sowie alte Schmuckstücke zahle ich höchsten Preis. Bei Eingang der Sendung noch selben Tags Geldsendung. Beweis für reelle Bedienung ist: Ich erhalte von mehreren in der Branche anerkannten Goldabfallfirmen die aufgekauften Goldabfälle zum Ankauf.

Max Haupt, Gold- und Silberscheide-Anstalt
 Dresden-N., Bönschplatz 17

Heransgeg. v. Verbanne der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen

Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenbg., Koffinenstr. 8

Berlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Koffinenstr. 8

Druck von Otto Goerls, Charlottenburg, Wallstraße 24